Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 15 | — Erscheint wöchentlich 6 mal. — Bezugspreis freibleibend. | Halver Freitag, den 18. Januar 1924 | Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. — Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto. | 24. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichskanzler Dr. Marx richtete ein Schreiben an die bayerische Regierung, in der er Prüfung der Denkschrift über die Verfassungsfrage zusagt.

* Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist von dem Sachverständigenausschuß aufgefordert worden, in Paris persönlich Darlegungen über die deutsche Finanzlage zu machen.

* Der Attentatsversuch gegen den Oberkommandierenden General v. Seeckt ist von dem verhafteten Kaufmann Thormann geplant worden.

* Bei den Verhandlungen in Koblenz ist noch keine Einigung über die Rheinische Goldnotenbank erzielt worden. In Berlin wird weiter verhandelt.

* In Moskau sind starke Meinungsverschiedenheiten zwischen den regierenden Männern ausgebrochen. Gerüchte sprechen von einer Verhaftung Trotzkis.

Dawes, der Wahrheitsager.

Der französische Vorsitzende der Reparationskommission, Herr Barthou, mag wohl merkwürdige Gesichter geschnitten haben, als er auf seine Begrüßungsrede an das erste Sachverständigenkomitee zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit die Antwort hörte. Er hatte am Anfang seiner Ausführungen erklärt, daß „der Versailler Vertrag unsere Magna Charta ist und daß er auch der Ihrige sein wird". Also die Grundlage, an der niemand rütteln werde und rütteln dürfe. Und nur auf dieser Grundlage dürfe sich auch die Arbeit des Komitees vollziehen, nämlich Wege zu finden für die Stabilisierung der deutschen Währung und Balanzierung des deutschen Budgets. Mit sanfter Stimme hatte Herr Barthou gesprochen, geradezu ölig, triefend von „Friedensliebe" und Versöhnungssehnsucht.

Und da antwortet nun der Vorsitzende dieses Ausschusses, der amerikanische General Dawes, mit einer Massivität, einer Unbekümmertheit und doch wieder mit einer instinktiven politischen Feinheit, die tatsächlich nur ein Amerikaner fertig kriegt. Man denkt an die Worte, die am 30. Dezember 1922 der amerikanische Staatssekretär des Äußern Hughes in Newhaven gesprochen hatte und die als Refrain immer nur die Mahnung enthielten: Europa wird mit dem Reparationsproblem solange nicht fertig, als die Politiker daran herumdoktern; setzt Leute hin, die unbeeinflußt von politischen Absichten die Fragen anpacken, dann kommt ihr eher zu Rande. So auch jetzt Dawes. Für ihn ist der Krieg wirklich zu Ende. Aber — und damit beginnt dieses enfant terrible auch noch gleich — daß die Reparationsfrage nicht gelöst werden konnte, daran sind letzten Endes „der nationale Hochmut, die Überheblichkeit und die egoistischen Interessen der verschiedenen alliierten Beamten schuld, deren Vollmachten durch jeden mit Gewalt durchgesetzten interalliierten Akt vergrößert werden". Barthou mag vor Angst geschwitzt haben, daß dieser gräßliche Amerikaner gleich auch noch die Namen Tirard, Degoutte, de Metz usw. nannte. Das geschah zwar nicht; aber nun redet Dawes gern noch von den unaufhörlichen Entstellungen der Wahrheit, dem unerträglichen Geschrei jener widerlichen Aasgeier, der nationalistischen Demagogie, die in dem gemeinsamen Unglück ein Mittel sähen, ihre eigenen traurigen Persönlichkeiten in ein besseres Licht zu setzen? Ob Dawes dabei an die Sonntags-Nachmittagsreden Poincarés gedacht hat?

Die irrsinnige Behandlung der Reparationsfrage hat zum Zusammenbruch der wirtschaftlichen Grundlagen Deutschlands und damit seiner Produktionsfähigkeit geführt, — das ist der Ausgangspunkt der Arbeit des Ausschusses, muß es sein, meint Dawes. Die Unfähigkeit, sich über das Problem zu einigen, hat aber gleichzeitig mit diesem Zusammenbruch dem Kredit sämtlicher europäischen Alliierten Stoß um Stoß versetzt, ganz Europa in eine äußerst gefährliche Lage versetzt. Und die Welt beginnt einzusehen, daß Deutschland nur dann Reparationen zahlen kann, wenn man ihm die Arbeitsfähigkeit nicht nimmt, sein Wirtschaftsleben nicht zertrümmert.

Und dann fegt Dawes mit einer schnellen Handbewegung alle die zahllosen Statistiken, Gutachten und Denkschriften von mehr oder minder Sachverständigen herunter vom Schreibtisch; denn das alles sind längst nicht mehr die Wirklichkeit treffende und darstellende Geschichten, davon ist gar nichts mehr brauchbar, das waren alles Berechnungen nicht wie die Dinge zu einem ganz bestimmten, jetzt aber weit zurückliegenden Zeitpunkt waren, sondern wie sie damals sein sollten. Man lasse diese „Bibliotheken" also ruhig verstauben.

Es sollen also die augenblicklichen Hilfsmittel und die augenblickliche Zahlungsfähigkeit Deutschlands geprüft werden; und nun ein Satz: „Helfen wir zunächst, Deutschlands Heilung zu erlangen." Also die Maßnahmen zu finden versuchen, die deutsche Währung zu stabilisieren, sein Budget ins Gleichgewicht zu bringen. Erst dann, wenn das gelungen ist, wird sich Deutschland beleben; und erst dann, wenn es wieder zu atmen beginnt, wird auch die deutsche Zahlungsfähigkeit wieder in die Erscheinung treten. Dann, erst dann werden sich hierüber grundlegende und entscheidende Tatsachen zeigen. Dawes hätte hinzufügen können, daß eben erst dann das „ist" das „soll sein" ersetzen kann.

Alle diese Dinge sind von Deutschland tausendmal gesagt worden; Frankreich legte das als „bösen Willen" aus. Jetzt sagt es auch der Amerikaner. Es fragt sich nur, ob er mehr Erfolg haben wird. Ob er siegen wird oder die Politiker, die eine deutschfeindliche Tradition von 700 Jahren hochhalten.

*

Geheimhaltung der Beschlüsse

Nach einer Meldung soll in der Sitzung des ersten Sachverständigenausschusses beschlossen worden sein, zwei Unterausschüsse einzusetzen, einen für die Stabilisierung der deutschen Währung mit Young als Vorsitzendem und einen zweiten für den Ausgleich des deutschen Budgets unter dem Vorsitz des Generals Dawes. Weiter sei man übereingekommen, nach einer einwöchigen Tätigkeit in Paris nach Berlin zu gehen. Es wurde einstimmig beschlossen, die Beratungen des Ausschusses geheimzuhalten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Überwachung des Personalabbaus.

Der Fünfzehnerausschuß des Reichstags beauftragte im Einvernehmen mit der Reichsregierung den Sparausschuß des Reichstags mit der Überwachung der Durchführung des Personalabbaus.

Wann kommt die dritte Steuernotverordnung?

Das Reichsfinanzministerium rechnet damit, daß es den Entwurf der dritten Steuernotverordnung Ende der Woche dem Kabinett werde zuleiten können. Inzwischen ist man in der Frage der Aufwertung der Hypotheken nach wie vor bemüht, ein Kompromiß zu finden. Die Entscheidung liegt beim Kabinett.

Besserung der Reichsfinanzen.

Die Übersicht über die Geldbewegung bei der Reichshauptkasse vom 1. bis 10. Januar zeigt, daß in dieser Dekade zum ersten Male seit langer Zeit wieder ein Überschuß über die Auszahlungen bestand, und zwar in Höhe von 36 Trillionen Papiermark.

Verhandlungen des Rheinischen Sechziger-Ausschusses.

Bei der Präsidiumswahl des in Köln zusammengetretenen, aus Abgeordneten bestehenden Sechziger-Ausschusses wurde zum ersten Vorsitzenden Justizrat Mönnig-Köln (Zentrum), zum stellvertretenden Vorsitzenden Beigeordneter Dr. Meerfeld-Köln (Sozialdemokratische Partei) gewählt. Als Beisitzer fungieren Professor Moldenhauer-Köln (Deutsche Volkspartei), Justizrat Falk-Köln (Demokrat) und Kippel-Hagen (Deutschnationale Volkspartei). Einem alsbald gewählten Fünfzehner-Ausschuß wurden die Fragen der Besetzungskosten, der Versammlungs- und Pressefreiheit überwiesen. Gegen das Separatistenunwesen in Hessen und der Pfalz wurde eine einmütige Entschließung gefaßt.

Rheinisches Zentrum für das Reich.

Der Provinzialausschuß der rheinischen Zentrumspartei hielt in Köln eine außerordentlich zahlreich besuchte Tagung ab. Der Wille, an der politischen Einheit des Reiches unter allen Umständen festzuhalten, kam in der Versammlung stark zum Ausdruck. Zur Reichsregierung hat die Versammlung das Vertrauen, daß sie alle Möglichkeiten ausnutzen wird, um unter Wahrung der Einheit des Vaterlandes der Lage des besetzten Gebietes gerecht zu werden. Die Versammlung forderte mit allem Nachdruck die Rückkehr der Ausgewiesenen und Freilassung der Gefangenen.

Abbau im preußischen Unterrichtswesen.

Der Unterausschuß des Preußischen Landtages für den Beamtenabbau setzte seine Beratungen bei der Unterrichtsverwaltung fort. Kultusminister Dr. Bölitz gab eine umfassende Übersicht über die Pläne, welche er beim Abbau durchzuführen gedenkt. Diese können dahin zusammengefaßt werden: Keine Schematisierung, sondern Organisationsveränderungen. Leichte Erhöhung der Frequenz der Klassen, leichte Erhöhung der Pflichtstundenzahl, Einführung einer Planwirtschaft. Ob bis Ostern der Abbau in der vorgeschlagenen Form erfolgen kann, müsse noch dahingestellt bleiben.

Der Riesenprozeß gegen Hitler.

Der Hitlerprozeß soll einer der größten Prozesse werden, die in München ein Gericht beschäftigt haben. Der genaue Termin steht noch nicht fest. Drei Staatsanwälte sollen die Anklage vertreten und den Beklagten werden neun Verteidiger zur Seite stehen. Schon das Studium der gewaltig angewachsenen Akten stellt eine große Aufgabe dar. Auswärtige Journalisten, darunter auch amerikanische, haben sich bereits angemeldet. Die Verhandlung wird voraussichtlich mehrere Wochen in Anspruch nehmen.

Die Memelfrage.

Zum Präsidenten der Memelkommission ernannte der Präsident des Völkerbundsrats den amerikanischen Finanzmann Norman Davis, der im Jahre 1919 der amerikanischen Delegation bei der Friedenskonferenz angehörte und dann in mehreren Staatsanstellungen war. Am 16. Januar reist er nach Europa ab. Die Memelkommission wird aus drei Mitgliedern bestehen, die weder Litauer noch Staatsangehörige einer der in der Botschafterkonferenz vertretenen Mächte sein dürfen.

Polen.

× **Aufdeckung einer Verschwörung.** Die Leiter der Organisation „Bereitschaft der polnischen Patrioten" wurden verhaftet, da die politische Polizei Spuren ihrer staatsgefährlichen Tätigkeit entdeckte. Die Untersuchung ergab, daß die Fäden der Verschwörung in einem aus Sparsamkeitsrücksichten jüngst kassierten Ministerium zusammenliefen. Zu den Mitgliedern gehörten mehrere ehemalige Minister. Die Organe der Rechten leugnen jeden Zusammenhang der Nationaldemokraten mit der Verschwörung.

Südslawien.

× **Grundlagen des italienisch-jugoslawischen Abkommens.** Die Basis des italienisch-südslawischen Übereinkommens bilden folgende Punkte: 1. Italien verpflichtet sich, alle Bestimmungen des Vertrages von Rapallo zu erfüllen und alle mit dem früheren italienischen Minister des Äußern Grafen Sforza festgelegten Abmachungen zu beachten. 2. Das Königreich Südslawien gewährt Italien volle Freiheit bezüglich der Organisation des Bezirks von Fiume. 3. Südslawien wird das Recht auf die Benutzung des Fiumer Hafens auf 50 Jahre eingeräumt. 4. Italien und das Königreich Südslawien werden eine Handelskonvention abschließen.

Rußland.

× **Begnadigung der Sozialrevolutionäre.** Das Präsidium der Zentralexekutive der Sowjetunion hat die gegen die Sozialrevolutionäre (gemäßigte Sozialisten) Gotz, Donskoj, Hornstein, Handelmann, Lichatsch, Iwanow, Ratner, Timofejew, Agapow, Altowski und Kwanowa seinerzeit ausgesprochenen Todesurteile in fünfjährige Gefängnisstrafe umgewandelt. Die Gefängnisstrafen der anderen Verurteilten werden um die Hälfte gekürzt und die Untersuchungshaft angerechnet. Die Strafmilderung wird mit der innen- und außenpolitischen Festigung der Sowjetmacht und der Führung der Inhaftierten begründet.

Griechenland.

× **England für Venizelos.** Der großbritannische Geschäftsträger übermittelte dem Minister des Äußern eine dringende Mitteilung, in der er erklärte, er sei beauftragt, zur Kenntnis zu bringen, daß die großbritannische Regierung volles Vertrauen in die unter Venizelos gebildete Regierung setze und gern die diplomatischen Beziehungen wieder aufnehme. Großbritannien hoffe, bald einen Gesandten in Athen ernennen zu können. Die griechische Regierung hat eine allgemeine Amnestie für alle politischen Straftaten vorbereitet. Auch die Führer der jüngsten militärischen Revolte werden einbezogen werden.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die versuchten kommunistischen Demonstrationen zur Wiederkehr des Todestages von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gewannen keine Bedeutung. Etwa zehn Personen wurden sistiert.

München. Oberstleutnant Kriebel, der militärische Leiter des Hitler-Putsches, der seit dem 9. November flüchtig war, hat sich dem Staatsanwalt gestellt.

Amsterdam. Das alte holländische Ministerium hat die Geschäfte wieder übernommen. Trotz mehrmonatiger Bemühung ist die Bildung eines neuen Kabinetts nicht gelungen.

München. Die bayerische Denkschrift zur Revision der Weimarer Verfassung ist jetzt dem Reichsrat zugegangen und soll in seiner nächsten Sitzung verhandelt werden.

Paris. Wie „Echo de Paris" meldet, hat die englische Regierung auch von der belgischen Regierung Aufklärungen über das Verhalten der belgischen Delegierten in der Rheinlandkommission angesichts der separatistischen Bewegung in der Pfalz verlangt.

Dr. Marx an Bayern.

Die Denkschrift über die Verfassung.

Der Reichskanzler hat an den bayerischen Gesandten v. Preger in Berlin ein Schreiben gerichtet, das als Antwort auf die Denkschrift der bayerischen Regierung über die Änderung der Reichsverfassung zu betrachten ist. In dem Schreiben heißt es:

Die bayerische Regierung wird es verständlich finden, daß die Reichsregierung angesichts der weitgreifenden Bedeutung der in der Denkschrift erörterten Probleme eine abschließende Stellung heute noch nicht einnehmen kann.

Schon jetzt aber möchte ich meiner lebhaften Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß der in sachlich gehaltener Form dargelegte Standpunkt, den die bayerische Regierung der Reichsverfassung gegenüber einnimmt, von dem Gedanken getragen ist, das Reich im ganzen wie in seinen Teilen stark und fest zusammengefügt zu erhalten. Ich verkenne nicht, daß die Denkschrift sowohl in ihren geschichtlichen Darlegungen wie in den Vorschlägen für die Zukunft Gegenstand lebhafter, vielleicht heftiger Meinungskämpfe sein wird, die jedoch, wie ich bestimmt hoffe, sich in den Grenzen halten werden, die ihnen die Tatsache zieht, daß deutsche Gedanken und Gefühle der bayerischen Regierung die Feder geführt haben.

Die Reichsregierung ist gern bereit, zunächst mit der bayerischen Regierung unter Zugrundelegung der überreichten Denkschrift in einen Meinungsaustausch einzutreten, wobei sie mit der bayerischen Regierung darüber einig ist, daß die einzelnen in der Denkschrift erörterten Fragen einer eingehenden, sachlichen und vorurteilslosen Prüfung bedürfen. Erst nach dem Ergebnis dieser Erörterungen wird sich die Frage beantworten lassen, inwieweit seitens der Reichsregierung und der bayerischen Regierung die Initiative zu gesetzgeberischen Maßnahmen zu ergreifen sein wird.

Pfalzvertreter bei Clive.

Einspruch gegen die Schreckensherrschaft.

Der zur Untersuchung von der englischen Regierung in das Pfalzgebiet entsandte Generalkonsul Clive aus München empfing in Mannheim eine Anzahl pfälzischer Vertreter, unter denen sich sämtliche politischen und wirtschaftlichen Richtungen bis zu den Kommunisten fanden. Auch der Bischof von Speyer und der protestantische Kirchenpräsident waren anwesend. Nach Beendigung einer längeren Besprechung übergaben die Pfälzer dem Generalkonsul eine von sämtlichen Teilnehmern unterzeichnete

Protestkundgebung gegen den Separatismus.

Es heißt darin: Die berufensten Vertreter sämtlicher Weltanschauungen aller politischen, wirtschaftlichen und beruflichen Verbände der Pfalz erklären dem Herrn englischen

merksam gemacht haben. Angeblich hätte sich das Komplott, wenn ein solches vorlag, auch gegen den bayerischen Generalkommissar v. Kahr und den General v. Lossow gerichtet. Von anderer Seite werden diese Mitteilungen bestritten, in München habe man erst nach der Verhaftung etwas von der Sache erfahren. Thormann ist aus München nach Berlin gekommen.

Der Attentäter Thormann

wandte sich nach seiner Ankunft in Berlin an einen Herrn D. von der Deutschvölkischen Partei, dessen Adresse er sich verschafft hatte, und erklärte diesem, er sei mit der Absicht nach Berlin gekommen, Seeckt zu „erledigen". Der Herr ging zum Schein auf den Mordplan ein und versprach auch, den „geeigneten Mann" zu stellen. Unmittelbar nach der ersten Unterredung fuhr der Herr ins Reichsministerium des Innern zum Reichskommissar für die öffentliche Sicherheit und teilte diesem den Mordplan mit. Oberst Künzer, dem vor allen Dingen daran lag, auch die Hinterleute Thormanns zu fassen, beauftragte D., zum Schein auf alles einzugehen, auch den verlangten Helfer zu stellen und alle Einzelheiten mit Thormann festzulegen. Ein angeblicher Helfer wurde gestellt, und Thormann verabredete mit diesem die Ausführung:

Thormann hatte in Erfahrung gebracht, daß der Oberbefehlshaber jeden Morgen in einem Tattersall zu reiten pflegt. Hier sollte der Mord geschehen. Thormann beauftragte den „Helfer", sich eine Karte im Bureau des Tattersalls für Montag vormittag zu lösen und dort zu reiten. Dann sollte der Attentäter, wenn General v. Seeckt auf der Bahn erschien, dicht an ihm vorbeireiten und aus unmittelbarer Nähe die tödlichen Schüsse auf den General abfeuern.

Thormann war der Überzeugung, daß alles in bester Ordnung sei, und begab sich Montag in das Café Josty, wo er zunächst Herrn D. traf, der, um den anderen in Sicherheit zu wiegen, auch seine Frau mitgebracht hatte. Punkt 11 Uhr erschien jedoch nicht der „Attentäter", sondern Kriminalbeamte, die Thormann und — zum Schein — auch D. mit seiner Frau verhafteten. Die beiden letzteren wurden natürlich sofort wieder auf freien Fuß gesetzt.

Und der Franken stürzt weiter.

Große Erregung im ganzen Lande.

Paris, 15. Januar.

Das Verhängnis scheint unaufhaltsam — der gestrige gewaltsame Absturz des Franken bis auf den fast sechsten Teil seines Friedenswertes, droht heute weiter zu gehen. Alle fremden Devisen überwuchern die einheimische Währung. Die bisher verachtete italienische Lira ist plötzlich besser als der französische Franken. Für 100 Schweizer Franken muß man 400 französische anlegen. Eine schwere Katastrophe ist über die französische Währung hereingebrochen. Die Warenbörse gab keine Notierung aus, um nicht eine gefährliche plötzliche Steigerung der Lebensmittelpreise zu veranlassen.

Einhellig und ängstlich erschallt von allen Seiten der Schrei nach Maßnahmen der Regierung. Poincaré will angeblich selbst die Verteidigung des hinsiechenden Franken in die Hand nehmen, Poincaré kann ja alles — wenns aufs Reden ankommt. Keine unnötigen Ausgaben durch den Staat sollen mehr gemacht werden — siehe Kriegskredite an die Kleine Entente — Abstriche vom Budget, Einführung eines Notbudgets werden vorgeschlagen, der Finanzminister will neue Steuern einführen, die alten eintreiben, außerdem den Patriotismus der Steuerzahler anrufen. Selbst von Kammerauflösung und Neuwahlen wird gesprochen, weil außer Deutschland — selbstverständlich — auch die Abgeordneten Schuld tragen sollen an dem Zerfall der Währung. Interpellationen sind angemeldet. Das Blatt „L'Oeuvre" sagt schon jetzt, die Herren der Regierung verurteilten ihre eigene bisherige Politik, wenn sie behaupteten, das Ausland beeinflusse den Stand des französischen Geldes. Die versteckt angebrachte Kritik dieser Zeitung an der französischen Politik wurde von vernünftigen Leuten, die allerdings außerhalb der französischen Grenzpfähle wohnen, schon früher laut. Leider nicht ohne Berechtigung, wie man sieht. Jedenfalls ist man in Frankreich vollständig ratlos und sucht verzweifelt nach einem Ausweg — und mittlerweile stürzt der Franken weiter.

General de Metz vernommen.

Untersuchungen über die Pfalz.

Der französische Kommandierende in der Pfalz, General de Metz, wurde vor die Interalliierte Rheinlandkommission berufen, um Auskunft über die Lage zu geben. Er habe, wie berichtet wird, eine lange Erklärung abgegeben, es sei dann eine Anzahl von Fragen an ihn sowohl durch den britischen als auch durch den belgischen Oberkommissar gerichtet worden, die sich direkt auf die Untersuchung des britischen Generalkonsuls in München bezogen hätten. Die Bedeutung der Zusammenkunft der Oberkommissare erhelle aus der Tatsache, daß Lord Kilmarnock, der englische Vertreter, verschiedene lange Telegramme an das Britische Auswärtige Amt gesandt habe.

Generalkonsul Clive in Mannheim.

Der englische Generalkonsul in München, Clive, hatte in Mannheim Besprechungen mit Vertretern der Pfalz, darunter dem Bischof von Speyer, dem evangelischen Kirchenpräsidenten, Vertretern sämtlicher Parteien und Wirtschaftsgruppen. Die Besprechung ergab das volle Einvernehmen aller führenden Personen und Gruppen gegenüber dem Verbrechen der Separatistenherrschaft. Eine gegen Separatisten beschlossene Protesterklärung wurde einmütig unterzeichnet, auch von den Sozialdemokraten und Kommunisten.

Drohungen der Separatisten.

Die sogenannte „Regierung der Autonomen Pfalz" erläßt eine Veröffentlichung, in der sie darauf hinweist, daß sie bisher keine Maßnahmen zum Schutze ihrer Mitglieder und „Beamten" getroffen habe. Die „Regierung" sehe sich aber zu folgender Ankündigung veranlaßt:

„Für jeden gegen ein Mitglied oder einen Beamten der „Regierung der Autonomen Pfalz" verübten oder versuchten Anschlag haften die fünf angesehensten Bürger der Pfalz aus dem Gegenlager mit ihrem Leben und gesamten Vermögen. Für jeden gegen einen Bezirkskommissar der Regierung oder einen Beamten des Bezirkskommissariats verübten oder versuchten Anschlag haften die fünf angesehensten Bürger des Bezirks aus dem Gegenlager mit ihrem Leben und gesamten Vermögen."

Als Nachfolger des getöteten Separatistenführers Heinz aus Orbis ist ein Mann namens Karl Kühn zum Führer der Pfalz-Seperatisten gewählt worden. Kühn ist am 17. Juli 1902 in Speyer geboren und war früher kaufmännischer Angestellter. Er saß wegen Betruges, Unterschlagung und Spionage zugunsten Frankreichs im Landgerichtsgefängnis Heidelberg in Untersuchungshaft. Dort wurde er dann entlassen und entzog sich der weiteren Verfolgung durch die Flucht in die Pfalz.

Verkehrserleichterungen zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet.

Passier- und Geleitscheine.

Eine Verordnung des französischen Generals Degoutte gewährt eine Reihe weiterer Erleichterungen für den Personenverkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet. Danach muß jeder über 16 Jahre alte Einwohner des besetzten Gebietes im Besitz eines Personalausweises sein, mit dem er die Grenze zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet passieren darf. Für die Einwohner von Grenzbezirken ist ein besonderer Passierschein der zuständigen Militärkommandantur notwendig. Bewohner des übrigen, unbesetzten Deutschlands bedürfen jedoch nach wie vor eines besonderen Geleitscheines, auf den verzichtet werden kann, wenn es sich um eine Durchreise vom unbesetzten Deutschland nach dem Auslande oder umgekehrt handelt.

Wirrwarr in Moskau.

Angebliche Verhaftung Trotzkis.

Innerhalb der Sowjetpartei Rußlands sollen schon seit längerer Zeit starke Meinungsverschiedenheiten herrschen, wie schon wiederholt angedeutet wurde. Besonders trat dabei die Person des Volksbeauftragten Trotzki in den Vordergrund. Gerüchte sprechen sogar von einer Verhaftung Trotzkis. Nach Mitteilungen diplomatischer Vertreter aus Moskau im Ausland soll geradezu ein Kriegszustand zwischen Trotzki und dem Zentralkomitee und dem politischen Bureau der Kommunistischen Partei herrschen. Die genannten Institutionen hätten versucht, den im Roten Heer populären General Budjenni gegen Trotzki auszuspielen. Der General Budjenni habe jedoch eine abwartende Haltung eingenommen, während sich Trotzki in seinem Panzerzug verschanzt habe. Von seiten der ausländischen Diplomaten erwartet man im Fall des Sieges Trotzkis eine entscheidende Schwenkung nach rechts in der Sowjetpolitik. Trotzkis erstes Handeln nach dem Siege würde die Ausarbeitung einer Reform sein, durch die die bürgerliche Freiheit in Rußland wieder eingeführt werde.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 18. Januar 1924.

□ Zur Einreise ins besetzte Gebiet aus dem unbesetzten Deutschland ist nach wie vor ein Geleitschein notwendig. Nach französischen Mitteilungen soll lediglich insofern eine gewisse Erleichterung eintreten, als die zur Einreise in das französisch besetzte Gebiet erteilten Erlaubnisscheine für ein Jahr gültig sein sollen. Die Einholung der Erlaubnisscheine geschieht im altbesetzten Gebiet bei den Bezirks- und Kreisdelegierten, für das englisch besetzte Gebiet beim Verkehrsamt Köln, Domhof Nr. 28. Für das Ruhrgebiet haben die Handelskammern Düsseldorf und Essen die Erledigung der Einreiseerlaubnis übernommen. Als Unterlagen sind erforderlich: außer dem schriftlichen Antrag ein mit einem Lichtbild versehener Personalausweis, der von der Polizeibehörde des Wohnortes des Einreisenden ausgestellt ist, ferner zwei unbeschriebene und ungestempelte Photographien und fünfundzwanzig französische Franken. Bei der Einreise und Ausreise wird die Personalkontrolle von den Franzosen noch ausgeübt.

□ **Erhöhung der französischen Zollgebühren.** Die französische Zollverwaltung hat, wie aus Essen berichtet wird, die Zollgebühren für Pakete mit sofortiger Wirkung auf das Vierfache der bisherigen Sätze erhöht. Der Zoll für ein Paket aus dem unbesetzten Deutschland nach dem besetzten Gebiet beträgt: bis 5 Kilo 1,60 Goldmark, von 5 bis 10 Kilo 3,20, von 10 bis 15 Kilo 4,80, über 15 bis 20 Kilo 6,40 Goldmark. In umgekehrter Richtung wird die Hälfte der Sätze erhoben. Die besondere Behandlungsgebühr von 10 Pfennig bleibt für jedes Paket unverändert bestehen.

□ Amtlicher Briefmarkenverkauf für Sammler. Für Sammlerkreise dürfte die Nachricht von Wert sein, daß die Reichspostverwaltung z. Zt. Bestände ungebrauchter Postwertzeichen mit dem Bilde der Germania der Ausgaben 1920, 1921 und 1922 verkauft. Den Vertrieb besorgt die Versandstelle für Sammlermarken in Berlin C. 2, Postrechnungsamt.

Halver, 18. Jan. Zum familiären Beisammensein hatten sich die Mitglieder des Vaterländischen Frauenvereins, Bezirksgruppe Ostschule, am Mittwoch Nachmittag im Fasbenderschen Lokale vereinigt. Die von großen und kleinen Teilnehmerinnen gebotenen Musik- und Gesangvorträge erfreuten allgemein und gaben auch die rechte Würze zu dem gemeinsam eingenommenen Kaffee. Mögen aber ganz besonders die Stunden dazu beigetragen haben, die Mitglieder einander näher zu bringen, damit der Zweck der Vereinigung „Allgemeine Hilfsbereitschaft den Armen und Bedürftigen" immer mehr Wirklichkeit erfahre.

× **Halver,** 17. Jan. Die ersten Auswanderer unserer Gemeinde verließen gestern abend mit dem Zuge 8.20 Uhr ihre Heimat. Eine unzählige Menschenmenge hatte sich zum Abschiednehmen eingefunden. Der Quartettverein „Frohsinn" Halver, der Arbeiter-Gesangverein Halver und der M.-G.-V. Oeckinghausen brachten den Scheidenden ein Abschiedsständchen. Kurz vor Abfahrt des Zuges dankte Herr Albert Bergmann allen Halveranern für die überaus zahlreiche Anteilnahme und rief ihnen im Namen der Auswanderer ein herzliches „Lebewohl" zu.

Lüdenscheid, 17. Jan. Das städtische Notgeld ist nach der heutigen Bekanntmachung bis zum 31. Jan. 1924 zur Einlösung an die städtischen Kassen abzuliefern; bis dahin ist es gültiges Zahlungsmittel.

Hamm, 16. Jan. Auf Anregung des Vereins Münster hat die Organisation westfälischer Haus- und Grundbesitzervereine eine Entschließung gefaßt, die der Reichs- und Staatsregierung, den Fraktionen usw. zugeleitet worden ist. In der Entschließung heißt es u. a.: „Der Provinzialverband westfälischer Haus- und Grundbesitzer-Vereine erhebt nachdrücklichst dringend Einspruch gegen die immer noch bestehende, keinem Abbau entgegenkommende Zwangswirtschaft im Wohnungswesen und fordert die alsbaldige Beseitigung dieses Zustandes. Ferner fordert der Verband von der Reichsregierung, das die Goldmieten ohne jeden Abzug eingeführt und die Mietspreisbildung am 1. Jan. 1924 freigegeben wird. Nur durch diese Maßnahme wird die private Bautätigkeit, die in der Vorkriegszeit Vorbildliches im Wohnungswesen geleistet hat, neu belebt, die Wohnungsnot gemeistert, ein zu unproduktiver Arbeit verurteilter kostspieliger Beamtenapparat beseitigt und den infolge der Wohnungszwangswirtschaft erwerbslos gewordenen und auf die Erwerbslosenunterstützung angewiesenen Handwerksmeistern und Gehilfen Arbeit und Verdienst zugeführt, die dem Zusammenbruch überantworteten alten Häuser wiederhergestellt und dadurch das Nationalvermögen erhalten und vermehrt".

Hortmund, 16. Jan. Festgenommene Ladenräuber. Nach Geschäftsschluß betraten drei Personen durch eine Hintertür das Goldwarengeschäft Semmler am Westenhellweg. Sie hielten unter dem Ruf „Hände hoch!" dem anwesenden Ladeninhaber die Pistole vor. Dieser war jedoch beherzt, packte einen Räuber trotz der vorgehaltenen Pistole am Kragen und warf ihn nieder. Auf die anderen schlug er tatkräftig ein. Durch das Geräusch aufmerksam gemacht, erschien Hilfe. Die Räuber ergriffen die Flucht. Einer der Räuber wurde auf dem Hansaplatz gestellt und festgenommen. Der Räuber wohnte in Herne. Einer seiner Genossen wurde bald darauf ebenfalls festgenommen. Er war von Castrop nach hier gekommen.

Castrop, 16. Jan. Die Kriminalabteilung der Zeche „Viktor" faßte die Lohngeldräuber, die vor einiger Zeit auf der Schachtanlage 3-4 hohe Summen bereitgestellter Lohnbeträge gestohlen hatten. Die Diebe hatten das Geld in der Nähe im Wald vergraben. Es konnte aber nur ein geringer Teil des Betrages wieder herbeigeschafft werden.

Paderborn, 16. Jan. Priesterweihe. Im Dome erteilte der Bischof 37 Alumnen des Priesterseminars die hl. Priesterweihe.

Brilon, 16. Jan. Aufgeklärter Mord. Am 28. Juni 1923 wurde in der Mittagsstunde der mitten in der Stadt wohnende 60jährige Kötter Brambrink auf seiner Dehle tot aufgefunden. Es ergab sich alsbald, daß Br. eines gewaltsamen Todes gestorben war und zwar durch eine nicht wiederzugebende Körperschändung. Weder am Fundort noch an den Kleidern des Toten wurden Blutspuren gefunden, dagegen ergab die Oeffnung des sofort getöteten Kettenhundes, daß dessen Magen die fehlenden Körperteile enthielt. Den Verdacht, den Mann ermordet zu haben, lenkte sich auf dessen Schwiegersohn, der auch verhaftet und längere Zeit in Untersuchungshaft gehalten wurde. Das Verfahren mußte schließlich mangels ausreichender Beweise eingestellt werden. Jetzt hat nun eine im Vorverfahren vernommene Zeugin, die damals beschworen hatte, von der ganzen Sache nichts zu wissen, von Gewissensbissen getrieben, erklärt, daß sie im Sommer die Wahrheit verschwiegen habe; sie sei unmittelbar nach der Tat hinzugekommen; der beschuldigte Schwiegersohn sei der Mörder. Der letztere ist nunmehr wieder verhaftet. Hoffentlich wird diesmal die Untat vollständig aufgeklärt.

Aachen, 16. Jan. Wohlfahrtspflege. Die gesamte Belastung der Stadt aus der Fürsorge für Arme, Klein- und Sozialrentner in der offenen und geschlossenen Fürsorge betrug im Monat Dezember 1923 rund 202 Billiarden Mark. Im Monat Januar waren die Barunterstützungen um 9 Proz. herabgesetzt. Die Ausgaben für die gesundheitliche Fürsorge für Erwerbslose, Kriegshinterbliebene und Kriegsbeschädigte sind in den obengenannten Summen nicht enthalten. Um die Wohlfahrtspflege viel nachdrücklicher zu gestalten, wird vom zuständigen Dezernenten der Stadtverwaltung die Vereinigung der privaten und öffentlichen Wohlfahrtspflege durch das städtische Wohlfahrtsamt vorgeschlagen. Abschluß der gemeinschaftlichen Arbeit soll eine Zentralauskunftsstelle bilden. Durch Einrichtung einer Zentralkartothek, die bei dieser Zentralauskunftsstelle geführt wird, würden Doppelunterstützungen vermieden. Mit der vorgeschlagenen Anregung soll demnächst ein Versuch gemacht werden.

Kleve, 16. Jan. Ein schwerer Raubüberfall wurde in der vergangenen Nacht auf den Landwirt Johann Verheyen in Huisberden (Kreis Kleve) verübt. Den Räubern fielen 150 Gulden, 150—200 Billionen Papiermark, ein großer Betrag Silbergeld, silberne und sonstige Gegenstände von bedeutendem Wert in die Hände. Die Tat wurde von zwei maskierten Männern ausgeführt, die sich mit vorgehaltenem Revolver Eintritt erzwangen.

Duisburg, 16. Jan. Der Rheinische Madrigalchor ist von seiner Konzertreise nach Süddeutschland zurückgekehrt, wo er überall große Erfolge gehabt hat. Von der Stadt Worms, in der der Chor zwei Konzerte veranstaltete, erhielt Professor Walther Josephson die Einladung, zu Pfingsten bei den im großen Festspielhause stattfindenden Hessischen Sängertag den aus ganz Rheinhessen versammelten Gesangvereinen mit seinem Madrigalchor ein Musterkonzert zu geben.

Mülheim-Ruhr, 16. Jan. Maskierte Räuber. Zehn maskierte Räuber drangen zur Nachtzeit in das Gehöft des Landwirts Großbeekes in Mülheim-Menden. Unter vorgehaltenen Parabellumpistolen wurden die Bewohner gezwungen, mit hochgehobenen Händen sich in den Keller zu begeben, der sodann abgesperrt wurde. Erst nach drei Stunden gelang es den Einwohnern, sich zu befreien. Mittlerweile waren die Räuber unter Mitnahme schwerer Beute, darunter wertvoller Schmucksachen, verschwunden. Die Räuber trugen sämtlich schwarze Masken vor dem Gesichte. Die Beute schleppten die Räuber in Mehlsäcken und Koffern fort.

Kleine Nachrichten.

Das Verfahren in Mietsachen.

Berlin, 15. Januar. Der Fünfzehnerausschuß des Reichstages beriet heute eine Verordnung über das Verfahren in Mietsachen, wodurch aus Ersparnisgründen die Beisitzer bei den betreffenden Amtsgerichtsverfahren beseitigt werden sollten. Die Verordnung wurde vom Ausschuß nicht gutgeheißen. Der Ausschuß empfahl vielmehr der Regierung, von dem Erlaß dieser Verordnung abzusehen.

Das Neu-Strelitzer Theater ein Opfer von Brandstiftung?

Neu-Strelitz, 15. Januar. Das Landestheater in Neu-Strelitz ist durch den Brand vollkommen zerstört worden. Der ganze Zuschauerraum, sowie auch das Bühnenhaus sind niedergebrannt. Es stehen nur noch die nackten Grundmauern. Sämtliche Requisiten sowie auch die Privatgarderoben des Personals sind dem Brande zum Opfer gefallen, u. a. auch eine Originalpartitur des Tannhäuser, die in den nächsten Tagen dem Museum übergeben werden sollte. Es wird Brandstiftung vermutet.

Der Kampf um die Arbeitszeit.

Elberfeld, 15. Januar. Die Verwaltungsstelle Wuppertal des Deutschen Metallarbeiterverbandes, zu der außer Elberfeld-Barmen auch Vohwinkel gehört, beschloß, ihre Mitglieder aufzufordern, am nächsten Freitag, den 18. Januar, an dem der bisherige Manteltarif abläuft und der Schiedsspruch über die 57stündige wöchentliche Arbeitszeit in Kraft tritt, nach Beendigung der achtstündigen Arbeit die Betriebe zu verlassen.

60 000 Metallarbeiter ausgesperrt.

Beuthen, 15. Januar. In der oberschlesischen Metallindustrie sind nach Mitteilungen von gewerkschaftlicher Seite 60 000 Arbeiter ausgesperrt. Mit Ausnahme der „Donnersmarckhütte" und der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-A. G., wo teilweise gearbeitet wird, ruhen alle Werke. Auf Einladung

Arbeitgebern und Gewerkschaftlern nach Oppeln, um eine Beilegung der Krise zu versuchen.

Bayerns Sozialdemokratie für Neuwahlen.

München, 15. Januar. Die bayerische Sozialdemokratie läßt in ihrem Hauptorgan erklären, daß sie für Landtagsauflösung und baldige Neuwahlen sei, sie mache ihre Zustimmung aber davon abhängig, daß der in Aussicht gestellte Entwurf einer Verordnung über die Sicherung der Wahlfreiheit von der Regierung dem Landtag vorgelegt und daß für die Durchführung der Verordnung der Generalstaatskommissar ausdrücklich ausgeschaltet wird.

Felix Delbrück gestorben.

Göttingen, 15. Januar. Landesgerichtspräsident Felix Delbrück, ein Bruder des vor zwei Jahren verstorbenen Staatsministers, ist hier im 65. Lebensjahre gestorben. Seit dem 1. Oktober 1919 leitete Präsident Delbrück das hiesige Landgericht.

Die Arlbergbahn eingestellt.

Genf, 15. Januar. Infolge riesiger Schneeverwehungen ist der Verkehr auf der Arlbergbahn eingestellt worden, verschiedene Dörfer in der Nähe von Genf sind durch den Schnee von aller Welt abgeschnitten.

Drahtlose Verbindung Frankreich—Indochina.

Paris, 15. Januar. Der direkte funkentelegraphische Verkehr zwischen Frankreich und Indochina wird am kommenden Donnerstag eröffnet werden.

Theaterbrand in Neustrelitz.

Neustrelitz, 15. Januar.

Vor Tagesanbruch brach heute im Gebäude des Landestheaters Feuer aus, das in wenigen Stunden den ganzen Bau bis auf die Grundmauern einäscherte. Über die Ursachen des Brandes konnte bisher nichts ermittelt werden. Am Abend vorher hatte eine Vorstellung nicht stattgefunden.

Der größte Teil des wertvollen Theaterfundus, Dekorationen, Garderobe, auch die Privatgarderobe der Künstler ist den Flammen zum Opfer gefallen. Der Zuschauerraum, das Foyer, die meisten Räume sind völlig ausgebrannt. Dachstuhl und Kuppel sind heruntergebrochen. Der Schaden ist für Stadt und Land Strelitz sehr bedeutend, auch künstlerisch, da die Leistungen des Theaters auf einer achtbaren Höhe standen. Aus allen Richtungen gingen allwöchentlich sogenannte Theaterzüge nach der Landeshauptstadt, wo dem Publikum ein reicher Spielplan von Opern und Schauspielen geboten wurde.

Aufwertung der Hypotheken bis zu 20 Prozent?

Wie uns drahtlich aus Berlin gemeldet wird, ist dem Reichskabinett ein neuer Entwurf in der Hypothekenfrage zugegangen. Das früher beabsichtigte Verbot der Hypothekenaufwertung ist in dem Entwurf vollständig fallen gelassen worden. Es kommt jetzt eine Aufwertung der Hypotheken in beschränktem und bedingtem Umfange in Betracht, wobei den Ländern bezüglich der Ausführung sehr weite Vollmachten gegeben werden sollen. Der neue Entwurf bindet sich nicht hinsichtlich der Höhe der Aufwertung. Er sieht je nach der Lage der Verhältnisse und des Objektes eine Aufwertung von 5 bis 20 Prozent vor.

Mit der Aufrollung dieser Frage dürfte sich nun auch bald die ähnlich liegende Frage der Aufwertung der vor dem Kriege in Goldmark eingezahlten

Sparkasseneinlegen

entscheiden. Es ist zu hoffen, daß auch in dieser Hinsicht in etwa den gerechten Forderungen der Sparer, meist finanziell schwach stehender Leute, nachgekommen wird. — Wir bringen nachstehend auch ein Schreiben des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, des Kardinals Bertram an den Reichskanzler, das zeigt, wie die Kirche sich zur Frage der Aufwertung der Hypothekenforderungen stellt.

Der Kardinal glaubt laut „Schlesischer Volkszeitung" gegenüber dem Widerstand in der Reichsregierung gegen die Aufwertung vom Standpunkte des „natürlichen Rechtes" und der Lebensinteressen weitester Kreise sowie in pflichtmäßiger Vertretung der kirchlichen Vermögensinteressen auf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Grundsätze der Gerechtigkeit und der Begriffe von Billigkeit, Treue und Glauben hinweisen zu müssen. Die künstliche Beschränkung einer gerechten Aufwertung würde eine Enteignung der Kirche und ihrer Stiftungen bedeuten, die sie schlechterdings nicht ertragen könnte. Es heißt in dem Schreiben: „So sehr es wünschenswert ist, daß der herrschenden Unsicherheit in den Rechtsverhältnissen zwischen Gläubigern und Schuldnern ein Ende gemacht wird, und so wenig es zu bezweifeln ist, daß auch die wirtschaftliche Lage des Schuldners nicht unberücksichtigt bleiben kann, muß doch vor Maßnahmen dringend gewarnt werden, die in ihren Wirkungen eine umstürzende Verletzung der in Darlehensverträgen gesicherten Rechtsverhältnisse bedeutet, indem sie den Inhalt und Sinn der zwischen Gläubiger und Schuldner getroffenen Vereinbarungen verkehren durch Gleichstellung einer vollständig wertlosen Sache mit dem zum Nutzen des Darlehnsnehmers hingegebenen wertvollen Vertragsgegenstand — gewarnt werden vor Maßnahmen, die in ihren Folgen verhängnisvoll für weite Volkskreise und für wichtigste dem Volke dienende Institutionen werden müssen."

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Der jüngere Kaehne in der Berufungsinstanz.** Aus Berlin wird berichtet: Gegen Karl v. Kaehne jr., ein Mitglied der durch ihre Schießaffären bekannt gewordenen Rittergutsbesitzersfamilie Kaehne auf Petzow bei Potsdam, wurde im Berufungsverfahren verhandelt. Am 19. September vorigen Jahres war der jüngere Kaehne vom Schöffengericht in Werder wegen Körperverletzung, Nötigung, Beleidigung und unerlaubten Waffentragens zu 9 Monaten Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Gegen das Urteil hatte er Berufung eingelegt. Der Anklage lagen folgende Vorgänge zugrunde: Der Angeklagte traf am 17. März vorigen Jahres den Arbeiter Lukas beim Holzdiebstahl an. Kaehne schlug Lukas mit dem Kopf gegen einen Baum und verletzte ihn dabei schwer. Schon vorher, am 28. Januar, traf Kaehne jr. mit einer Anzahl Wandervögel zusammen, deren Führer er mißhandelte und mit Waffen bedrohte. Der Anklagevertreter beantragte die Aufrechterhaltung des ersten Urteils. Das Urteil des Gerichtshofes ging dahin, daß das vorinstanzliche Urteil aufgehoben und der Angeklagte zu sieben Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Herr v. Kaehne jr. hat das Armenrecht der Stadt Werder nachgesucht und erhalten. Er klagt gegen seinen Vater wegen des Majorats, das ihm entzogen werden soll.

§ **Schwer bestrafter Fleischwucher.** Das Wuchergericht in Braunschweig verurteilte mehrere Schlächtermeister, obwohl nach Ansicht der Sachverständigen Preistreiberei nicht vorlag, wegen Fleischwuchers zu langen Gefängnis- und hohen Geldstrafen. In einem Fall wurde die sofortige Verhaftung angeordnet.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Protest gegen die Arbeitszeitverordnung.) Die Arbeitnehmer-Vereinigungen Deutscher Eisenbahnerverband, Deutscher Verkehrsbund, Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, Zentralverband der Angestellten, Bund der technischen Angestellten und Beamten, Deutscher Werkmeisterverband und Allgemeiner Verband der deutschen Bankangestellten haben gegen die Maßnahmen der Reichsregierung zur Regelung der Arbeitszeit in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen einen gemeinsamen Protest eingelegt, da dadurch den Angestellten und Arbeitern das ihnen rechtlich zustehende Mitbestimmungsrecht genommen worden sei.

Köln. (Kampf in der rheinischen Textilindustrie.) Eine von dem rheinischen Textilarbeiterverband in Elberfeld einberufene Konferenz von Vertretern der rechtsrheinischen Textilarbeiter beschloß einstimmig, den Kampf auf der ganzen Linie aufzunehmen. Der christliche Textilarbeiterverband versucht, die Verhandlungen mit den Arbeitgebern noch fortzusetzen. Der christliche Arbeiterverband in M.-Gladbach hat beschlossen, in den Ausstand zu treten.

Magdeburg. (Ablehnung des Schiedsspruches im mitteldeutschen Metallgewerbe.) Die Vertrauensmännerversammlung der Metallarbeiter lehnte einstimmig den vom Magdeburger Schlichtungsausschuß für die mitteldeutsche Metallindustrie gefällten Schiedsspruch ab. Zurzeit haben folgende Werke ihre Arbeiter ausgesperrt: Otto Gruson (Werkzeugmaschinenfabrik), Rexwerke, Aders Metallwerke, C. Louis Strube, Joerning u. Sauter, Mundlos A.-G., R. Wolf, C. Rudolph, Schneider u. Helmecke, Mackensen, Röhrig u. König, Eisenmattheswerk II, Petzold, W. Strube, Gese, Krupp-Gruson.

Elberfeld. (Verschärfung der Streiklage im Westen.) Die Konferenz der Gauleiter und Ortsausschüsse des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes für Rheinland-Westfalen stellt sich auf den Standpunkt, daß die Berliner Vereinbarung über die Arbeitszeit in der Metallindustrie durch die Aussperrung der verhandlungsberechtigten Personen vom Metallarbeiterverband und durch die Abstimmung der Mitglieder als bindender Vertragsbestandteil nicht anerkannt worden ist. Alle Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen unterstützen deshalb die Metallarbeiter. Alle Arbeiter, denen ohne Zustimmung der Organisationen eine längere Arbeitszeit auferlegt wird, haben die Arbeit einzustellen.

Börse und Handel.

In Millionen Mk. **Was kosten fremde Werte?** Ohne Gewähr.

Börsenplätze	16. 1. gesucht	16. 1. angeb.	15. 1. gesucht	15. 1. angeb.
Holland 1 Gulden	1 581 038	1 588 962	1 581 038	1 588 962
Dänemark 1 Kr.	736 155	739 845	738 150	741 850
Schweden 1 Kr.	1 111 215	1 116 785	1 117 200	1 122 800
Norwegen 1 Kr.	598 500	601 500	598 500	601 500
Finnland Mark	105 236	105 764	106 732	107 268
Amerika 1 Doll.	**4189500**	**4210500**	**4189500**	**4210500**
England 1 Pfd.	17 955 000	18 045 000	17 955 000	18 045 000
Schweiz 1 Fr.	736 654	740 346	742 140	745 860
Frankreich 1 Fr.	193 515	194 485	189 525	190 475
Belgien 1 Fr.	176 558	177 442	173 565	174 435
Italien 1 Lira	187 530	188 470	191 520	192 480
Tschechien 1 Kr.	123 440	124 060	125 186	125 814
Österr. 1000 Kr.	59 850	60 150	60 598	60 902
Ungarn 1000 Kr.	154 612	155 888	156 607	157 393

Deutsche Werte am 16. Januar.

Eine Rentenmark	1 Billion Papiermark
Dollarschatzanweisungen	4,2 Bill. "
Goldanleihe (1 Dollar) amtlich	4200 Milliard. Papierm.
Ein Goldpfennig	10 " "
Eine Goldmark	1000 " "

* **Produktenmarkt. Berlin, 16. Januar. Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse.** Getreide und Ölsaaten pro 1000 Kilogramm, sonst pro 100 Kilogramm. (In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark): Weizen märkischer 162—166, Roggen märkischer 147—151, pommerscher 147—148, Sommergerste 168—175, Hafer märkischer 118—121, pommerscher 112—116, westpreußischer 109—111, Mais loko Berlin, waggonfrei Hamburg 172—173, Weizenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sack (feinste Marken über Notiz) 25,50 bis 28, Roggenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sack 23,50—26, Weizenkleie frei Berlin 8—8,20, Roggenkleie frei Berlin 7,50—7,60, Raps 270, Viktoriaerbsen 39—41, kleine Speiseerbsen 21—24, Futtererbsen 16—17, Peluschken 14—15, Ackerbohnen 13—15, Wicken 17—19, Lupinen, blaue 15—16, gelbe 17—19, Seradella 16—18, Rapskuchen 11,50—11,70, Leinkuchen 25—26, Trockenschnitzel 8,50—8,60, vollw. Zuckerschnitzel 16—18, Torfmelasse 30-70 7,75—8, Kartoffelflocken 18.

Rauhfutter. Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhfutter. (Nichtamtlich.) Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt. (In Goldmark): drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 0,60 bis 0,75, desgl. Haferstroh 0,50—0,65, desgl. Gerstenstroh 0,50 bis 0,60, Roggenlangstroh 0,40—0,50, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 0,40—0,50, Häcksel 1,10—1,30, handelsübliches Heu 0,70—1, gutes Heu 1,20—1,40.

* **Einfuhr französischen Weizenmehls in Deutschland.** Von verschiedenen Seiten wird übereinstimmend gemeldet, daß zurzeit, hauptsächlich wohl infolge des niedrigen Frankenstandes, große Mengen französischen Mehls in Deutschland eingeführt und auf den einheimischen Märkten gehandelt werden.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Statt Karten!

Ernst Kerspe
Helene Kerspe
geb. Gesenberg
Vermählte
Rh.-Schmidthausen Collenberg
18. Januar 1924.

Allen Freunden und Bekannten, welchen wir vor unserer Abreise nach Argentinien nicht persönlich die Hand zum Abschied reichen konnten, rufen wir an dieser Stelle ein

herzliches Lebewohl!

zu.

Albert Bergmann und Familie,
Willi Bremicker und Familie,
Robert Bergmann, Willi Bürger.

Lederwaren

Damenhandtäschchen
Geldscheintäschchen
Brieftaschen, Aktenmappen
mit und ohne Griff
Schulmappen :: Tornister
für Knaben und Mädchen
u. s. w. u. s. w.
kaufen Sie preiswert bei
Wilh. Bell jr., Halver i. W.

Wertbeständiger Zahlungsverkehr.

Wir machen hierdurch bekannt, dass wir bis auf Weiteres die Zinsvergütung auf

Rentenmark-Konten

zum Satze von

6% jährlich bei täglicher Kündigung
8% jährl. bei 15 tägiger u. längerer Kündigung
bezw. bei Festlage auf 15 Tage und länger

vornehmen.

Wir sind ausserdem in der Lage, für Guthaben, die mindestens Rentenmark 1000.— betragen und uns mindestens 1 Monat fest, bezw. mit einmonatiger Kündigung überlassen werden, die Wertbeständigkeit auf Dollargrundlage einzuräumen und zwar in der Weise, dass mindestens der eingezahlte Rentenmarkbetrag zurückgezahlt wird.

Barmer Bank-Verein
Hinsberg, Fischer & Co.,
Gummersbach.

Zur Errichtung eines Hüttenwerkes wird von uns ein

Baugrundstück

direkt an der Bahnstrecke Halver—Radevormwald gelegen, mit der Möglichkeit Bahnanschluß zu errichten,

zu kaufen gesucht.

Nur schriftliche Angebote an

Aluminium- u. Metallwerke
Degenhardt & Sippel,
Halver i. Westfalen.

Nachbarschaft Kierspe
Kierspe.

Jahres-Hauptversammlung am Sonntag, den 20. Jan. 1924 nachm 5 Uhr im Berliner Hof

Tagesordnung:
1. Jahresbericht
2. Rechnungslage.
3. Vorstandswahl.
4. Evt. Aenderung der Satzungen
5. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand.

Theater-Verein „Germania" Schnörrenbach
(Mitg. d. Reichsbundes f. Volksbühnensp. e. V. Berlin)
veranstaltet am
Sonntag, den 20. Januar,
im Vereinslokal des Herrn W. Becker, Schnörrenbach einen

Theater-Abend.

Es gelangt zur Aufführung:
„Heimatscholle"
Drama in 1 Akt — Auf vielseitig. Wunsch Wiederholung des großen Lachschlagers
„Zwangs-Einquartierung"
(Schwank in 3 Akten.
Beginn 5 Uhr. Saalöffnung 4 Uhr.
— Eintritt 50 Pfg. —
Ehren- u. pass. Mitgl. sind herzl. eingeladen.
Kinder unt. 16 Jahr hab. allein keinen Zutritt.
Es ladet ein Der Vorstand.

Kopierbücher zu 500 u. 1000 Seiten sind vorrätig bei W. Bell jr., Halver

Montiererinnen

für lohnende und dauernde Beschäftigung per sofort gesucht.

Hugo Wermeckes,
elektrotechnische Fabrik,
Schalksmühle i. W.

Nehme Bestellungen in **Ia. Klee- und Grassamen** sowie **Saathafer u. Oelsamen** entgegen.
Biete **Oelkuchen** zum Tagespreis an
Wilh. Becker,
Schnörrenbach
Tel. 214, Amt Meinerzh.

Kontoristin

aus der Elektro-Branche gesucht.

Hasenclever & Co.
Remscheid,
Blumenstraße.

Empfehle
Ia. Zigarren
Zigaretten
Rauch- u. Kau-Tabak
Wiederverk. z. Fabrikpreis.
Fr. Herm. Bohner,
Schalksmühle.